

A. Leitantrag an die 2. Tagung des 14. Landesparteitag

A.1. *Nach der Wahl ist vor den Wahlen: Sozialistische Politik für Sachsen*

ÄA.1.5.NEU Änderungsantrag zum Leitantrag

Einreicher*innen: Sabine Pester, Nico Brünler (SV Chemnitz)

Der Landesparteitag möge folgende Änderung beschließen:

Ersetzung Absatz 3.4. (Zeile 132-141) **+ Einfügung neuer Absatz 3.5** (Einfügen in Zeile 142 und entsprechende nachfolgende Veränderung der Nummerierung der Folgeabsätze)

Alt

3.4. Der vermeintliche Job-Boom im Freistaat ist geprägt von prekären Bedingungen: Mini- und Midijobs, erzwungene Teilzeit und Bezahlung deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Rund 260.000 Menschen im Land arbeiten auf Mindestlohniveau, die Tarifbindung von sächsischen Arbeitnehmer*innen ist auf Grund der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur weiterhin unterdurchschnittlich. DIE LINKE. Sachsen wird deshalb ein wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Positionspapier vorlegen, in dem sie zunächst Vorschläge für einen neuen Zugang Langzeitarbeitsloser in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse unterbreitet. Darüber hinaus wird es die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, Maßnahmen zur Sicherung der Unternehmensnachfolge und die Erhöhung der Tarifbindung enthalten.

Neu

3.4. Der wirtschaftliche Aufschwung im Freistaat ist oft geprägt von prekären Bedingungen. Dazu gehören erzwungene Teilzeit, Mehrfachbeschäftigungen, wachsende Pendlerzahlen und eine Bezahlung deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Rund 260.000 Menschen im Land arbeiten auf Mindestlohniveau. Die Tarifbindung von sächsischen Unternehmen ist – auch auf Grund der kleinteiligen Wirtschaftsstruktur – weiterhin gering. Zum täglichen Leben von Langzeitarbeitslosen gehört, dass die Entwicklung an ihnen komplett vorbei geht. Menschen die in Arbeit sind, kämpfen mit permanenten Überstunden und wachsenden Aufgaben. Die aktuelle Frage, wie eine fortschreitende Digitalisierung den Arbeitsalltag verändert, erweckt bei vielen Hoffnungen, bei ebenso vielen allerdings auch Angst um den Arbeitsplatz und vor weiterer Prekarisierung. DIE LINKE. Sachsen wird deshalb ein arbeitsmarktpolitisches Positionspapier vorlegen, in dem sie zunächst Vorschläge für eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen und zur Erhöhung der Tarifbindung unterbreitet. Darüber hinaus erarbeiten wir Vorschläge für einen neuen und dauerhaften Zugang Langzeitarbeitsloser in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Ebenso müssen wir uns der Veränderung der Arbeitswelt durch die zunehmende Digitalisierung stellen und hier linke Antworten finden.

3.5. Während im Freistaat Großunternehmen über Sonderregelungen Investitionsbeihilfen in Millionenhöhe erhalten, bleiben viele Programme zur Förderung kleiner und mittelständiger Unternehmen oder zur Sicherung der Unternehmensnachfolge ungenutzt. Hier ist nicht nur ein Umsteuern in der Förderpraxis notwendig, sondern es muss grundsätzlich über einen anderen Förderansatz nachgedacht werden. Dazu gehört ebenso eine funktionierende öffentliche

Infrastruktur, zu der wir auch Datennetze zählen, eine breite Forschungslandschaft und die gezielte Förderung innovativer Startups.

Begründung

Ersetzung Punkt 3.4

Die im Entwurf aufgezeigten Themen sind wichtig und aktuell. Wenn jedoch über gute Arbeit gesprochen wird, dürfen wir jedoch nicht nur Mindestlohnbezieher und Arbeitslose betrachten. Prekäre Arbeit hat viele Gesichter. Wir dürfen aber auch Zukunftsfragen zur Digitalisierung der Arbeitswelt nicht außer Acht lassen, geht es doch um Sicherung und Veränderung von Arbeitsplätzen in einer sich veränderten Arbeitswelt.

Einfügung Punkt 3.5

Der Themenbereich sollte aus dem alten Punkt 3.4. heraus gelöst werden, da es sich doch um zwei eigene inhaltliche Punkte handelt, deren Vermischung nicht sinnvoll ist. Die im Entwurf im Kapitel 3.4. geforderten Programme zur Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, sowie Maßnahmen zur Sicherung der Unternehmensnachfolge existieren bereits, werden jedoch aus verschiedenen Gründen (aktuelles Zinsniveau, bürokratischer Aufwand) nicht genutzt. Hier ein Mehr zu fordern, ist nicht zielführend. Auch Probleme bei der Unternehmensnachfolge haben ihre Ursache nicht in mangelnder öffentlicher Unterstützung, sondern oft darin, dass es bei den gegebenen Rahmenbedingungen (Infrastruktur, wirtschaftliches Umfeld, betriebswirtschaftliche Erwartungen) „keiner machen will“...

Entscheidung des Parteitag

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____